

SPD-Fraktion im Kreistag München Land

Herrn Landrat Christoph Göbel
Mariahilfplatz 17
81541 München

Ottobrunn, 11. September 2022

Antrag: Zweijähriges Moratorium für freiwillige Treibhausgas-Kompensationen

Sehr geehrter Herr Landrat Göbel,

mit der Bitte um Behandlung in öffentlicher Sitzung des Ausschusses für Energiewende, Landwirtschafts- und Umweltfragen am 13. September 2022 stellt die SPD-Kreistagsfraktion folgenden Antrag:

1. Die freiwillige Kompensation von Treibhausgasemissionen wird für zwei Jahre ausgesetzt.
2. Die Veröffentlichung der Aktion Zukunft+ wird zunächst um ein Jahr verschoben. Eine erneute Beratung findet im Herbst 2023 statt.

Begründung:

Angesichts der aktuellen Weltlage halten wir es nicht für vertretbar, dass der Landkreis in den nächsten beiden Haushaltsjahren an dieser freiwilligen Leistung festhält. Die anhaltende Bewältigung von Folgen der Corona-Pandemie, zum Beispiel in der Jugendhilfe, die Belastungen durch Inflation und Energiekrise sowie eine mögliche Rezession werden den Landkreis in den kommenden Monaten finanziell stark fordern, die steigenden Zinsen verteuern gleichzeitig die Refinanzierung von Investitionen. In einer solchen Lage bedarf es für die **freiwillige Kompensation** von Treibhausgasemissionen einer besonderen Rechtfertigung. Wir sprechen hier immerhin über mehr als 1,5 Mio. Euro alleine im Jahr 2023. Der Anreiz zur beschleunigten Energiewende ist durch die gestiegenen Energiepreise auch ohne Kompensation hinreichend gegeben. Wir sind zuversichtlich, dass die Kreisgremien auch ohne freiwillige CO₂-Kompensation an ihrem Kurs zum Abbau von CO₂-Emissionen festhalten. Bestehende Hürden beim Ausbau von Windenergie und Tiefengeothermie hat der Bund jüngst beseitigt, diesen Rückenwind gilt es jetzt zu nutzen.

Aus heutiger Sicht ist das Frühjahr 2023 ein denkbar ungeeignetes Startdatum für eine breit angelegte öffentlichkeitswirksame Werbeaktion für den Erwerb von Klimazertifikaten durch die Bevölkerung. Eine solche Aktion braucht Momentum. Die in Kürze anstehenden Nachzahlungen für Strom und Heizung sowie die zu erwartende wirtschaftliche Abkühlung lassen dies als höchst unrealistisch erscheinen. Für Interessierte gibt es auch abseits des Angebotes durch den Landkreis ausreichend Möglichkeiten zur freiwilligen Kompensation von Treibhausgasemissionen. Eine Verschiebung hätte somit keine schwerwiegenden Konsequenzen.

Die weitere Entwicklung ist schwer prognostizierbar. Daher empfehlen wir zunächst ein Moratorium von zwei Jahren. Dies bietet neben einer Beobachtung der Lage ausreichend Zeit für eine kritische Überprüfung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses des landkreiseigenen Angebots.

gez. Florian Schardt
Fraktionsvorsitzender

Ingrid Lenz-Aktaş
Mitglied im ELU